

Der Ortsverein Buxtehude hat in der Mitgliederversammlung am 1.11.2018 folgenden Antrag zum Bezirksparteitag verabschiedet:

Antrag an den Bezirksparteitag

Der Klimawandel beschleunigt sich: Die Emission von Klimagasen muss stärker und schneller gesenkt werden.

Die anhaltende Trockenheit und ihre Folgen für die Landwirtschaft und viele andere Bereiche ist eines der wichtigsten Themen in diesem Sommer. Wissenschaftler gehen davon aus, dass die beobachteten Wetterextreme schon eine Folge der Erderhitzung sind und dass mit einem weiteren Temperaturanstieg eine Zunahme dieser Extremereignisse befürchtet werden muss. Im Pariser Klimaabkommen wurde vereinbart, dass durch Maßnahmen zur Senkung der Emissionen von Klimagasen die Erderhitzung auf unter 2 °C begrenzt werden sollte. Es ist abzusehen, dass dieses Ziel verfehlt wird und bis zum Ende des Jahrhunderts mit einem Anstieg der Temperatur um 3 – 4 °C zu rechnen ist. Die Folgen für die Menschheit wären verheerend.

Die Politik in Deutschland und Europa hat leider erheblich mit dazu beigetragen, dass die Klimaziele nicht erreicht werden: Insbesondere in den Bereichen Verkehr und Gebäude werden die Emissionen nicht gesenkt, sondern wie beim Verkehr auch noch erhöht. Bis 2020 sollten die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 40 % gesenkt werden. Dieses Ziel wurde im Koalitionsvertrag als nicht erreichbar aufgegeben. Müssen wir das so hinnehmen?

In den letzten Jahren wurde die Energiewende, die für die Senkung der Emissionen nötig ist, nur halbherzig betrieben. Dadurch ist man sehr in den Rückstand geraten. Die Versäumnisse der Vergangenheit verlangen, jetzt schärfere Maßnahmen durchzuführen. Besser wäre es gewesen, rechtzeitig und gut geplant die Emissionen von Klimagasen zu senken. Ein gravierendes Problem bei der Planung ist, dass es keine zentrale Instanz gibt, sondern dass z.B. beim Verkehr sich Umwelt- und Verkehrsministerium gegenseitig blockieren. Man verlässt sich auf den Markt, der aber nicht funktioniert, wenn wesentliche Kostenfaktoren, nämlich die Folgen des Klimawandels nicht in der Kostenrechnung auftauchen.

Es wird beantragt:

Auf nationaler wie auf europäischer Ebene muss alles getan werden, die Emissionen von Klimagasen schneller und stärker zu senken. Die wichtigsten Erzeuger von Klimagasen sind

- die Stromproduktion,
- der Verkehr,
- die Wärmeversorgung von Gebäuden und
- die Landwirtschaft.

In allen Bereichen muss daran gearbeitet werden, die Emissionen von Klimagasen zu senken. Dazu müssen verbindliche Ziele zur Emissionssenkung vorgegeben werden. Um Anreize zu schaffen, ist der Preis für die CO₂-Zertifikate deutlich anzuheben und die Zahl der ausgegebenen Zertifikate jedes Jahr um einen festgelegten Anteil zu vermindern. Für die genannten Bereiche soll im Einzelnen noch erreicht werden:

1. Stromerzeugung
 - a. Vollständiger Ausstieg aus der Verstromung von Kohle bis zum Jahr 2030. Die 10 ältesten und schmutzigsten Kraftwerke sollen bis 2020 abgeschaltet werden.
 - b. Verstärkter Ausbau der Nutzung von erneuerbaren Energien. Die vorhandenen Ressourcen für Solar- und Windenergie sind noch lange nicht ausgeschöpft. Die Deckelung der installierten Leistung von Wind- und Solaranlagen muss wieder abgeschafft werden. Dies bremst den Ausbau und schädigt auf Dauer die Unternehmen, die in dem Bereich erneuerbare Energien tätig sind.
 - c. Neben dem zügigen Ausbau der Stromleitungen muss auch verstärkt genutzt werden, dass eine dezentrale Stromproduktion z.B. mit Wind- und Solaranlagen möglich ist.
 - d. Die Technologie der Stromspeicherung muss weiter entwickelt und verstärkt eingesetzt werden. Beispiele für die Stromspeicherung sind Großakkumulatoren oder die Wasserstofftechnologie (z.B. Power-to-Gas).
 - e. Der Aufbau von Smart-Grids zur intelligenten Regelung von Stromerzeugung und Stromverbrauch muss vorangetrieben werden.
2. Verkehr
 - a. Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs und stärkere Förderung des schienengebundenen ÖPNV.
 - b. Das Radfahren muss durch Ausbau eines angemessenen Radwegenetzes attraktiver werden. Die Niederlande können hier ein Vorbild sein.
 - c. Ausbau der Infrastruktur für die Elektromobilität, z.B. fehlt ein ausreichendes Netz von Ladesäulen.
 - d. Der Güterverkehr muss von der Straße auf die Schiene und die Wasserwege umgeleitet werden.
 - e. Die Subvention des Dieselkraftstoffs für über eine verminderte Mineralölsteuer muss wegfallen. Die Besteuerung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren soll nur nach der Höhe der CO₂ – Emission (realistisch gemessen) erfolgen.
 - f. Der Luftverkehr ist deutlich einzuschränken. Innerdeutsche Verbindungen sollten untersagt werden, da es gute alternative Verkehrsmöglichkeiten, z. B. auf der Schiene gibt. Die Steuerbefreiung von Kerosin ist zu beenden.
3. Wärmeversorgung von Gebäuden
 - a. Verstärkte Förderung des Austauschs von alten Heizungsanlagen gegen neue Anlagen mit höherem Wirkungsgrad und intelligente Verbesserung der Isolierung von Gebäuden.
 - b. Bessere und erweiterte Nutzung von regenerativen Energien (z.B. Solarwärme).
 - c. Wo möglich, soll die Wärmeversorgung über Kraft-Wärme-Koppelungs-Anlagen (z.B. Fernwärme aus Block-KWK) erfolgen.
 - d. Die Möglichkeit der Speicherung von Wärme soll weiter entwickelt und besser genutzt werden.
4. Landwirtschaft und Ernährung
 - a. Die Landnutzung muss extensiviert werden, d.h.
 - i. Monokulturen sind zu vermeiden,
 - ii. die Böden müssen schonender bearbeitet werden,
 - iii. es muss weniger Dünger (Gülle, Mineraldünger) eingesetzt werden.
 - b. Es soll keine Massentierhaltung mehr erfolgen, d.h. die Fleischproduktion ist einzuschränken.

- c. Feuchtgebiete und Moore als CO₂-Senken sind zu schützen und auszuweiten.
- d. Der Verschwendung von Lebensmitteln ist Einhalt zu gebieten.

Um eine bessere Abstimmung der einzelnen erforderlichen Maßnahmen zu erreichen, müssen die wesentlichen Aktivitäten konzentriert von einer Stelle, bevorzugt dem Umweltministerium organisiert werden. Die Geschäftsverteilung der Bundesregierung und der Landesregierungen ist entsprechend umzustellen.

Der SPD Parteivorstand wird aufgefordert, bei der jetzt beginnenden Diskussion zum Neustart und programmatischem Neubeginn der Ökologie einen herausgehobenen Stellenwert zu geben.

Adressaten: Bezirksparteitag, Landesparteirat, Bundesparteitag, SPD Landtagfraktion, SPD Bundestagsfraktion, SPD Fraktion in Europäischen Parlament